

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
12 (1898)**

41 (18.2.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249689](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249689)

Vorderrdeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werththätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Vorderrdeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gefestlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (Postfrei) 70 Pfg. bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitung Nr. 5382) vierteljährlich 2.10 Pfg., für 2 Monate 1.40 Pfg., monatlich 70 Pfg. exkl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Herr, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die häufigste Gattung über deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 41.

Samstag, Freitag den 18. Februar 1898.

12. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 14. Februar 1898.
Am Bundesrat: Rieberling.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novelle zur Konturordnung in Verbindung mit dem von dem Abg. Dr. Minten u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurf auf Abänderung der Konturordnung.
Abg. Dr. Minten (Ztr.) bittet die Regierung um nachträgliche Vorlegung der vom Reichstag bereits wiederholt geforderten Konturstatistik und beantragt Überweisung seines Antrages an eine Kommission gemeinsam mit der Regierungsvorlage. Die bürgerliche Konturordnung habe zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß die meisten Konturorte eine Folge des Schiffbaus und der Frachtschiffe seien, so sei bei der Errichtung des Konturs nicht das Schiffbau, sondern die Jahrgangszahl der Kontur allein maßgebend und nach Berücksichtigung derselben finde die Eintragung in alle bürgerlichen Konturverzeichnisse statt. Weiter geht dann noch auf verschiedene juristische Details ein und betont, daß man sich in allen diesen Fragen nicht auf die Konturverzeichnisse berufen könne, da in diesen selbst ganz verschiedene Meinungen vertreten seien.

Abg. Bassermann (Natl.) Die Regierung ist der Ansicht, daß sich im Wesentlichen die Bestimmungen der Konturordnung bewahrt haben und daß nur einzelne Verbesserungen am Platze sind. Wir werden uns in der Kommission über die Verbesserungen unterhalten müssen, umfassen sie auch die Handelskammern über einzelne Punkte verschiedener Art. Die dritte Frage, ob nach Errichtung des Konturs noch Zertifikate ausgestellt werden können, möchte ich mit „Nein“ beantworten. Ebenso muß auch die Frage geregelt werden, ob der Konturverwalter die Karte durch unermittelte bezogene Waren ersetzen darf. Der letztere aber möchte ich nicht gegen den Wunsch des Abg. Minten, die Konturverweisung wegen dieser Uebereinstimmung eintragen zu lassen, erklären. Das Prinzip der Berufung habe ich für nichtbaltend. Die Entscheidung des Jugendgerichtes hat zu Schwierigkeiten geführt, die Ministerien der bürgerlichen Konturverzeichnisse. Die Entscheidung des Jugendgerichtes entspricht auch den Wünschen einzelner Handelskammern.
Abg. Gamp (Reichs.) beantragt, daß die Regierung die Konturordnung nicht grundlegend geändert habe, sondern sich nur auf die durch das bürgerliche Gesetz notwendig gewordenen Änderungen beschränkt habe. Er verlangt ferner mehr Berücksichtigung der Uebereinstimmung mit der Jahrgangszahl der Konturverzeichnisse. Bei Abweichungen sei dieses Prinzip schon jetzt maßgebend. Der Jugendgerichtes müsse erwidert werden. Wegen der Jugendgerichtsreform müsse man sich noch abgeben. Dem Reichstag die Vorlage an die Justizkommission zu überweisen, schlägt er vor.

Abg. Singer (Soz.) Wie sind der Meinung, daß die Vorlage der Regierung weit über dem vorhandenen Bedürfnisse entspricht, als die Anträge Minten. Die Anträge erklären ihren Zweck, den Mittelstand zu schützen, nicht, werden vielmehr die kleinen Gewerbetreibenden noch mehr zu wirtschaftlicher Unlust machen lassen. Die Anträge Minten machen aus Zeiten, die Kontur gemacht haben, beinahe Bekreder. Dadurch, daß sie mit Jahren Strafen bedrohen werden, zwingt man sie ihre Wirtschaftsmöglichkeit lange zu verweigern. In den weitaus meisten Fällen wird auch nicht verlangt, um Kontur, die Hauptaufgabe tragen unsere ganzen wirtschaftlichen Zustände. Die kleinen Gewerbetreibenden können aber mit dem großen nicht konkurrieren, sie sind von Jahr zu Jahr tiefer und leben nur noch von ihrem Gläubigern, bis es dann zuletzt zum Konkurs kommt. Diese Zustände zu beseitigen sind die Anträge Minten nicht geeignet.

Gegen Erweiterung von Strafbestimmungen für solche Leute, die obwohl sie wissen, daß sie vor dem Richter stehen, noch große Entschlüsse fassen und diese häufig in Schlägen um sich werfen, haben wir nicht einzuwenden. Die Definition des Begriffs Uebertretung ist ziemlich schwierig. Wann tritt sie ein? Wir würden also, die Regierung möge sich nicht dahin beirathen lassen, die Lage der kleinen Gewerbetreibenden durch das Gesetz besser zu machen. Je reiner das Gesetz von diesen Gründen bleibt, desto mehr wird es nützen. Wir möchten, daß die Kommission sich im Großen und Ganzen auf die Regierungsvorlage einigen möge. (Beifall links.)

Abg. v. Bucher (Kon.) Das bisher getriebene Gesetz geht zu dem besten und es ist ganz richtig es nur immer zu ändern, als das neue bürgerliche Gesetz es bezieht. Der Minten verfährt zu dem in seiner Begriffsdefinition, § 8 in der Strafbestimmung. Ich kann mich sehr gut denken, daß ein Kaufmann, dessen Gläubiger seinen Mittelstand längere um das Doppelte übergraben haben, doch noch sehr wohl berechtigt ist. Dagegen halte ich eine Erhöhung des Jugendgerichtes gleichfalls für sehr richtig, umgekehrt soll man aber eine Herabsetzung nicht so in dem Weg legen, wie es Abg. Minten wünscht. Dem Antrage auf Kommissionsberatung schließe ich mich an.

Die Diskussion wird geschlossen, die Vorlage an die Justizkommission überweisen.

Darauf wird die Etatsberatung und zwar beim Etat der „Zölle und Verbrauchssteuern“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Barth (Soz.) regt die Beilegung der Differenzen Behandlung der roten und veredelten Zölle an.

Director im Reichschatzamt v. Körner sagt thätliche Erfüllung dieses Wunsches zu.

Abg. Kahlert (Zent.) fordert die Räumung der noch bestehenden Zollverhandlungen, besonders besser mit Nordamerika und Argentinien.

Abg. Dr. Dammscher (Natl.) fragt an, wie sich der Bundesrat zu den früheren Reichstagsbeschlüssen auf Erhöhung von Zolltariffen und eines Grenzschutzes zur Entscheidung von Zolltariffen stellt. Im Interesse einheitlicher Zollbehandlung bittet er die Regierung, die bisherigen Beschlüsse bei Seite zu lassen.

Reichschatzsekretär Hr. v. Ziehmann erwidert, die Wünsche seien bereits vorhanden, könnten aber nur bei nicht Antragsenden, nicht aus dem Grunde, ein großer Teil der bürgerlichen Zolltariffe werde durch die Entscheidung in der Befolgung, daß den Einzelmitgliedern die Bemerkung in Zolltariffen zuzufügen.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) hält einen Reichsgerichtes für sehr unangenehm. Man könne ihn zu den Einzelstaaten nicht aufheben, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Beilegung der Zolltariffe müsse das ganze Gebiet unseres Zolltariffes umgearbeitet werden.

rath sei zu einer endgültigen Beschlußfassung noch nicht gelangt.
Abg. Wolfenbühl (Soz.) kommt auf seine vorjährige Rede über die Erparung eines Theils der vom Reich an Hamburg für die Besoldung von Zollbeamten bezahlten Summe zurück. Das Reich übernehme den Einzelstaaten, die an der Grenze liegen, eine bestimmte Summe, aber lediglich zu dem Zweck, die Zollbeamten zu besolden. Eine Ummantelung für die Einzelstaaten dürfe keine Summe nicht bilden, dadurch würden sie vor den andern, die keine Grenzserhebung haben, unbedeutend bevorzugt. Hamburg habe nicht besterem jene Summe beantragt, um sich Erparnisse zu verschaffen. Er wünscht, daß diese rechtlichen Bestimmungen im Reichstag ein für alle Mal hergestellt werden.

Senator Dr. Hugemann erklärt, daß jene Summen als Ueberschüsse vom Reich überlassen werden, daß über die Besoldung Reichstag und Bundesrat nicht zu bestimmen habe.

Abg. Richter (Soz.) fragt an, ob bei einer Änderung des Budgetgesetzes die Zustimmung über die Trennung der Verkaufsumme beibehalten oder doch gemindert werden würde.

Staatssekretär Graf Tolstomski erwidert, daß die befragte Bestimmung rechtlich genug erfüllt werden würde.

Schatzsekretär v. Ziehmann bemerkt, daß Abg. Meyer sich in seiner Darstellung der Einkommensseite geirrt habe, und zwar um das Dreifache.

Abg. Graf Limburg-Stürum (Kon.) beantragt, die Einkommensteuer für unsere Fabrik-Industrie durch Erhöhung des Zolls gegen amerikanische Fabrikate.

Abg. Dr. Barth (Soz.) Der Antrag Limburg läuft nur auf eine Besserung der Fabrikate hinaus; unsere einheimische Fabrikate sind gerade an den niedrigen Zöllen ein Interesse, da sonst die inländische Konkurrenz erstickt werden würde.

Abg. Graf Limburg-Stürum (Kon.) erwidert, die Konventionen hätten nie einseitig die Interessen der Konventionen im Auge gehabt.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Titel „Zolltariffe“.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 2 Uhr verlegt. Außerdem geht über die freiwillige Gerichtsbarkeit; Volksdampfer-Subventionen-Vorlage.

Schluß 5 Uhr.

41. Sitzung vom 15. Februar 1898.
Am Bundesrat: Rieberling.
Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei dem Etatistitel „Zölle und Verbrauchssteuern“ und zwar beim Titel: Zölle.

Abg. Graf Stolberg (Kon.) verlangt Aufhebung sämtlicher Zölle, die den Handel mit den Einzelmitgliedern betreffen.

Abg. Nölde (Natl.) stimmt dem Vorredner im allgemeinen zu. Einigkeit der deutschen Zölle, die Aufgaben, um Amerika zu veranlassen, die Zolltariffe fallen zu lassen. Er vertritt, da Deutschland doch mit Weltmarktpreisen rechnen müsse.

Abg. Dr. Baasche (Natl.) erklärt, daß die vorgerichtlichen Verhandlungen des Abg. Barth den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Der Titel wird hiermit bewilligt, ebenso der Titel „Zolltariffe“.

Beim Titel „Bundesminister“ beantragt Abg. Bassermann (Natl.) auf Grund einer Eingabe der Rheinischer Handelskammer, Erhöhung des Gehaltens der einheimischen Zolltariffe.

Die einheimischen Zolltariffe werden durch abzusprechen? Wenn eines der Mitglieder des Komitees es wagte, einen runden und nicht abgeklärten Satz vorzuschlagen, ließ ein anderer ihn sofort als ungeeignet durchstreichen. Jede Seite des Entwurfs enthält nichts als eine Menge ausgebreiteter Sätze, höchstens zwei oder drei Worte hatten sich hier und dorthin verirrt. Schließlich blieb nichts übrig, als ein unbedeutend mattes, graulichs, fades und farbloses Etwas, ein Weiterwert der Kunst, in sehr diplomatischen Worten nichts zu sagen. Wenn dieses bleichsichtige Programm die Wähler fortziehen und begeistern sollte? Man rechne allerdings mehr noch auf gewisse Mittel, die von anderer Ueberzeugungskraft sind!

Am 30. August! — Gestern ist hier aus Paris eine sehr interessante Persönlichkeit eingetroffen, bei der ich nicht weiß, mit dem ich es eigentlich zu thun habe. Der Mann, der sich Wabou nennt, erinnert an einen Geschäftsfreund, an den Chef einer Clique (Banke, die im Theater um Geld Verfall klaut) und an den Director einer fahrenden Schauspielertruppe zugleich. Er steht hier voller Umrath, schneidet gern auf, ist unanständig im Reden, im Denken bald kriechend, bald unverschämmt. In seiner Begleitung befindet sich eine Bande von höchst zweifelhaft aussehenden Acten, die seine Helfershelfer sind. Dieser Conditorei (Wieling) ganz neuer Art rühmt von sich, daß er es verstände, „das Material für die Wahlen zu bearbeiten“, wie er sagt. Dabei hat er angeblich schon Resultate erzielt, auf die er stolz ist. Er hat bereits mehrere Wahlkampagnen für verschiedene Parteien

die Brandweinsteuer (sont gegenüber dem importierten französischen Cellulose) beantragt.
Director im Reichschatzamt v. Körner erklärt, daß der Bundesrat sich über die vom Vorredner angelegte Frage noch nicht schlüssig ist.

Abg. Gamp (Reichs.) empfiehlt die Annahme der Brandweinsteuer für die Cellulosefabrikation. Nach weiterer uninteressanter Debatte wird der Titel bewilligt.

Am Titel „Bundesminister“ beantragt Abg. Nölde den Erlass eines Budgetgesetzes. Er bittet die Regierung um Vorlegung einer Statistik über die Verwendung von Budgetgeldern in den Bundesländern und wendet sich besonders gegen die überhandnehmende Verwendung des Budgetgeldes, der nur durch ein direktes Verbot gesteuert werden könne.

Der Titel wird hiermit bewilligt, ebenso der Titel „Korruption“.

Der Etat der „Reichsminister“ wird ebenfalls bewilligt.
Beim Etat der „Reichsminister“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Richter (Natl.) Reichschatzsekretär Hr. v. Ziehmann, daß er seinem Vorgänger die Verantwortung für die justifizierten Revisionsarbeiten übernehme.

Der Etat der „Reichsminister“ wird ebenfalls bewilligt.
Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Auf Antrag des Abg. Bassermann (Natl.) wird das Gesetz in seiner Fassung ein bioco angenommen nach den Beschlüssen der Kommission. Debatte wird abgebrochen, da die Kommission beantragt, die Resolutionen, betreffend die einheimischen Zölle und Notaratsminister, anzunehmen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum dem Gesetz, betr. Vorschau- und Schiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Staatssekretär v. Tobolski: Deutschland ist im überseeischen Handelsverkehr jetzt von der 4. an die 2. Stelle unter den Nationen gerückt. Durch die neuen Anordnungen in China, nach auch der Handelsverkehr nach diesen Gegenden große Bedeutung gewinnen. Wir hoffen, daß das Haus die Vorlage wohlwollend aufnehmen wird im Interesse der Kultur, des Handels und der guten Verkehrsverbindungen, in Bezug auf welche in Deutschland stets an der Spitze markiert ist. (Beifall.)

Abg. Singer (Soz.) Das von der Regierung in den dem Reichstag vorgelegte praktische Material besteht, daß der Reichstag mit den schätzlichen Nutzen von großer Bedeutung ist. Nach der Befragung Niallins würde die Herabsetzung der Zölle der Volkswirtschaft eine Kostenvermehrung, doch sei eine solche ohne Subvention des Reichs nicht durchführbar, wie die Erfahrungen anderer Staaten gezeigt hätten. In dem Vertrag mit dem Vorderrdeutschen Reiches auszuweichen gemacht, verleihe habe die jetzt 5 Millionen zu geben. Durch die Möglichkeit eines prompten Befehrs nach dort werde man auch bei dem Verlust der herabgesetzten Konkurrenz der bürgerlichen Staaten entgegen können. (Beifall bei den Natl.)

Darauf verlegt sich das Haus.
Nachte Sitzung: Mittwoch 2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag. Der heilige Schermschlag brachte zunächst die Erledigung des Antrages

mitgemacht. Der ehrenwerthe Wabou stellt nun folgende Forderung: 10000 Franks für ihn, wenn die Wahl glückt, 2000 nur, wenn sie mißlingt. Für diese Summe und die Befreiung der Kosten, welche seine Leute und er bei Ausübung ihrer Funktionen verursachen, übernimmt er es, „die öffentliche Meinung zu machen“. Für die Ehrentitel liefert er unermessige Trinken, deren Kopie und bereite Zungen auf Wein, Brandwein und Abkühlung geistlich sind. Für die Befuche in den Wohnungen der Wähler gewährt er Redner, die fast ganz saubere Wäsche und sehr einnehmende Manieren aufweisen haben sollen. Für die öffentlichen Versammlungen zureichende ständige Mitarbeiter, die im Stande sind, Störenfriede niederzubrühen, die hartnäckigsten Redner zum Schweigen zu bringen, im Nothfalle die Stühle zu zerbrechen, die Tribüne zu erklimmen und mit unüberwindlicher Bedenklichkeit ihre Argumente durch Faustschläge zu bekämpfen. Sein gewöhnliches Personal, das von äußerlicher Zuchtlosigkeit, aber nicht sehr zahlreich ist, vervollständigt er durch Wehrleute, die er erst auf dem Lande anwirbt. Die Leute sind militärisch organisiert. Er theilt sie in Sectionen, von denen jede ihren Anführer und ihr bestimmtes Operationsgebiet hat. Er selbst steuert dabei als guter Führer die ganze Kampfmacht entlang, bereit, sich mit einem kleinen Generalstab auf einen bedrohten Ort zu werfen.

(Fortsetzung folgt)

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.
Autorisierte Uebersetzung von Marie Ranert.
(Schluß des Textes.)
Und für wenige Augenblicke wiegen die regelmäßige Bewegung und der monotone Rhythmus des mit äußerster Geschwindigkeit dahinschreitenden Zuges ihn sanft in einen Traum voll grenzenloser Glückseligkeit.

Wie einem Mal durchbohrte da ein anderer Gedanke scharf und schmerzhaft wie eine Nadelspitze sein Hirn. Johanna war verlobt, Johanna konnte ihn also nicht lieben. Ihre Unruhe! Sie war nicht anders gewesen als die Verlogenheit bei einem Kleinlein mit einem jungen Mann. Ihr Interesse für ihn! Nichts weiter als schweichterliche Freundschaft. Und wozu sollte diese Liebe, die sich seiner bemächtigte hatte, führen, als zu neuen Leiden für ihn, als zu einer Verdoppelung der Schrednisse, welche seine nahe bevorstehende gänzliche Vereinigung durch das Bild eines unmöglichen Glüdes erhalten würde?

So betrat Andree das Schloß von Mazer mit der peinlichen Sorge, was aus ihm werden würde, wenn die Wahlkampagnen, deren Zeuge er noch für einige Wochen sein sollte, zu Ende wäre.

14. Kapitel.
Fortsetzung von Andrees Tagebuch.
Am 25. August. — Ich muß mein Tagebuch fortsetzen. Am Tage gehöre ich mir nicht mehr, über meine Zeit und meine Gedanken verfügt

ein anderer. Ich bin der Eckardt oder besser der erste Diener des Herrn von Serezois. Als solcher werde ich dafür bezahlt, daß ich kein folgiantes Werkzeug bin, ihm helfe, seine Wähler an der Nase herumzuführen. Die Beispiele an einem Werke, das ich verarbeite, der Jugend, den ich meinen inneren Gefühlen hier auferlegen werde, lassen auf mit wie die Wirthschaft an einem Verbrecher. Welche Erleichterung es ist dann für mich, wenn der Abend herangekommen ist, ich mein Zimmer aufsuchen und endlich thun und lassen kann, was ich will.

Dann kann ich zu mir selbst zurückkehren, an diejenigen denken, welche ich liebe, an Dich, Du arme Mutter, und mehr noch an Dich, meine arme Schwester, für die ich meine Feder und meinen Geist in diese Knechtschaft gegeben. Dann denke ich auch an Dich, meine Johanna, die niemals die Reine sein wird, an Dich, die Du in mir den Haß gegen die Ungerechtigkeit gewohnt und die feige Weichlichkeit des Egoismus erschüttert hast. O meine Theuren! Seid Ihr meine Trösterinnen und mein Halt!

Am 28. August. — Der Augenblick, in dem der Entscheidungskampf losbricht, rückt immer näher. Herr von Serezois hat sich mit etlichen Vorkämpfern aus der Gegend zusammengesetzt, um mit ihnen das Flugblatt, das an die Wähler vertheilt werden soll, abzufassen. Die Herren brauchten dazu mehrere Sitzungen, die dem Eckardt viel Arbeit brachten. Wie sollte man ein Programm aufstellen, das den Republikanern zum Munde reden und den Royalisten geflossen sollte, ohne die Imperialisten und die Boulangeristen

unser Genossen auf Schaffung eines wirklich freihändlerischen Vereins und Bekämpfung des durch das Reich, die Genossen Singer, Stolte und Subell nahmen zu der Materie, die erst vor wenigen Tagen das Haus beschäftigt hat, noch einmal das Wort. In der Specialberatung zeigte es sich, daß die übrigen Parteien, ganz abgesehen von den Konfessionen, für den sozialdemokratischen Antrag nicht zu haben waren. Herr Rißert, Herr Vöcker und Herr Baffermann machten zwar schöne Axiome von Liberalismus, Freiheit, Arbeiterrecht, aber alle kamen schließlich zu dem Ende, das ihnen unser Antrag zu weit gehe. Nachdem der § 1 des Gesetzentwurfs abgelehnt war, zog Singer den ganzen Antrag wegen der völligen Ausschließlichkeit der ganzen Sache Namens der Partei zurück. Daß der Bundesratstisch fast leer war, daß überhaupt kein Vertreter der Regierung anwesend war, um sich über den Antrag zu äußern, diese Mitteilung wird unsere Leser nicht weiter verwundern. Der einzige anwesende Regierungsmann, Direktor v. Bodeke, war nur erschienen, um zu dem ebenfalls zur Beratung stehenden Antrage der Antismilitaristen auf verstärkte staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften das Wort zu ergreifen. Auch dieser Antrag wurde schließlich zurückgegeben, aber aus einem anderen Grunde, weil die Regierung erklärte, daß ein die Wünsche des Antrages mit einschließendes Gesetz in Vorbereitung ist. Zu dem antismilitarischen Antrage hielt unser Genosse Voght, der seit einiger Zeit aus dem Gebiete des Versicherungswesens ausgeschieden ist, eine sachlich geradezu ausgezeichnete Rede, was selbst von dem national-liberalen Abg. Hamma auch in warmen Worten anerkannt wurde. Um so fester nahmen sich die Bemerkungen aus, die der Fraktionsgenosse Hammacher, Herr Viehsel, gegen eine Aussetzung Voghts vorzutragen sich gemüßigt fühlte. Herr Viehsel machte den von Voght getrennt erklärten Schwarzburg-Sondershäusern keinen alle Ehre. So unglücklich das wohl selten ein Redner im Hause gesprochen. Präsident v. Buol und Singer führten ihm das energisch zu Gemüte.

Eine verhängnisvolle Stille herrscht seit einiger Zeit in Bezug auf die Flottenpolitik und es muß mit Recht vermutet werden, daß hinter den Kulissen vertrauliche Verhandlungen gepflogen worden sind. Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ bestätigt, daß in dem Kompromiß „Es ist versucht worden, ein Kompromiß zu Stande zu bringen, bei dem die Regierung nur in der Form, in der Bewilligung auf 7 Jahre hätte nachgeben müssen. Wir glauben, daß diese Verträge nimmer geschloffen sind und daß die Generalität einer Reichstagsauflösung näher gerückt ist, als man in letzter Zeit angenommen hat.“ Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Die Regierung wagt sich in zu großer Sicherheit über die marinepolitische Stimmung im Lande, und fast scheint es, als ob gewisse einflussreiche Männer im Interesse ihrer Politik der Sammlung ein Kompromiß nicht wünschen, sondern sich von Wahlen unter der Parole des Flottengesetzes einen ähnlichen Erfolg wie im Jahre 1887 versprechen, wo die Parole der Militärvorlage den Reichstag lieferte.“ Klarheit über die Situation wird wohl erst geschaffen werden, wenn die Flottenvorlage in der Budgetkommission zur Verhandlung kommt.

Neue Artillerieforderungen! In der Budgetkommission des Reichstags gab der Abg. Müller-Fulda der Meinung Ausdruck, es werde noch im Laufe dieses Jahres eine erhebliche Verstärkung der Artillerie gefordert werden. Diese Bemerkung des Abg. Müller wurde von den Regierungsobertrern in der Kommission ohne jeden Widerspruch hingenommen. Auch die Kommissionmitglieder nahmen keinen Anlaß, an diese Äußerung eine Besprechung zu knüpfen, was sich wohl dadurch erklärt, daß die Meinung, welcher Abg. Müller Ausdruck gab, in Reichstagskreisen allenthalben verbreitet ist. Man ist schon jetzt der Ueberzeugung, daß die Regierung beabsichtigt, mit Ablauf des Militärgesetzes vom Jahre 1893, das heißt zum 1. April 1899, neue Erhöhungen der Friedenspräsenzstärke der Armee, insbesondere eine Vermehrung der Artillerie eintreten zu lassen. Daß diese Ueberzeugung richtig ist, beweist jetzt das Schweigen der Regierungskommissare in der Kommission. Es sehen also nicht nur Neuforderungen für die Durchführung der Umgestaltung des Artilleriematerials in Aussicht, sondern auch Neuforderungen für eine Vermehrung der Artillerie. Die Aussicht auf diese kolossalen militärischen Forderungen läßt aber die jetzigen Marineforderungen des Herrn Tirpitz um so bedeutender erscheinen. Auch jeder bürgerliche Politiker, der sich nicht aller Rücksichtnahme auf die Steuerkraft der arbeitenden Klassen das deutsche Volk überhoben hält, muß sich auf ernsthafte Fragen, ob er ein derartiges ungeheuerliches Anschwellen des Etats des Heeres und der Marine befürchten darf!

Gefürchtete Leute muß man sich zu Freunden halten. Das ist — wenigstens für alle Streber — feststehender Grundsatz. In den gefährlichsten Mächtern in Preußen-Deutschland zählt aber gegenwärtig zweifellos der Chef des preussischen Civilcabinetts, Herr v. Lufanow, der bekanntere „Schwarze Mann“, der plötzlich in den Minister-Hotels erscheint, um den Besuchen das Ende ihrer Ministerlaufbahn angulandigen. Wenn also die Minister dem mächtigen Kollegen alles Gute

wünschen — wenigstens öffentlich — so ist das sicher sehr erklärlich. Es scheint aber, als ob auch solche Leute, die noch erst Minister werden möchten, das Bedürfnis fühlen, sich bei dem Besichtigen einen Stein in's Brett zu legen. Mit dem Grafen Sumburg-Strum, dem Erdiplomaten, an der Spitze, haben sich diese Leute im preussischen Abgeordnetenhaus in Bewegung gesetzt, um kategorisch die Staatsregierung in einem besonderen Antrag zum Etat aufzufordern, „bei dem in demselben vorgeschlagenen Neubau eines Dienstgebäudes für das geheime Civilcabinet auf eine den Gehaltsverhältnissen des Chefs des Civilcabinetts entsprechende Gestaltung seiner Dienstwohnung Bedacht zu nehmen.“ Und das Abgeordnetenhaus hat die Resolution mit großer Mehrheit beschlossen. Wie stehen nun die Minister vor dem Gewaltigen da? Wie konnten sie nur so das Bedürfnis verkennen! Sich daran erst von den „Volksvertretern“ erinnern lassen zu müssen!

Schweiz.

Zürich, 16. Febr. Der Pfaffen einfluß hat im Kanton Schwyz noch einmal gesiegt. In der am Sonntag vorgenommenen Volksabstimmung im Kanton Schwyz ist die neue liberal gehaltene Verfassung mit siesmlicher Mehrheit verworfen worden. Die liberale agitation hat mit Hochdruck gearbeitet, sogar der Bischof von Chur hat eingegriffen, um die Vorlage, welche allerdings dem Einfluß der Kirche erheblich eingeschränkt hätte, zu Fall zu bringen.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 15. Febr. Die abentheuerliche Unterdrückungspolitik, die gegen die ungarischen Landarbeiter geübt wird, hat diese zum Aufbruch getrieben. So werden aus dem Sabolczyer Comitae Zusammenstöße zwischen Bauern und bewaffneter Macht gemeldet. Nach zahlreichen Orten wurde Militär entsendet. Das Comitae Jemlin verlangt dringend die Verhängung des Standrechts. An einem Orte sollen bereits Verwundungen vorgekommen sein, worüber jedoch Einzelheiten noch fehlen. — Aus dem Zsebigebiete und verschiedenen anderen Bezirken laufen gleichfalls alarmierende Nachrichten ein. Die Bauern befinden sich in vollem Aufbruch, greifen das intervenierende Militär an, so daß es bereits zu mehreren blutigen Zusammenstößen gekommen ist, wobei es auf beiden Seiten Tode und Verwundete gab. Eine Anzahl Adelsführer ist verhaftet worden, große Militärverstärkungen sind in das Aufbruchgebiet abgegangen.

Frankreich.

Paris, 14. Febr. Die Bonapartisten glauben in der Kritik, in welche sich die Republik befindet, Geschäfte machen zu können. Die Comites des Seinedepartements zu Gunsten eines Plebiszits hielten gestern Nachmittag eine Versammlung ab. Beim Verlassen der Versammlungsorts wurden von den Theilnehmern an der Versammlung die Rufe: „Vive l'armee“, „Vive la France“ und „Vive l'empereur“ ausgehört. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, ohne daß es zu einem ersten Zwischenfall kam. — Der Untersuchungsrichter Bertulus beslagnahmte in der Wohnung der Frau Boulangers drei neue Briefe Esterhazy's, die einen sensationellen Inhalt haben sollen. Bertulus hatte deshalb gestern Nacht eine lange Unterredung mit dem Justizminister Milliard, der äußerte, die Sache nehme eine sehr ernste Wendung. Die Briefe sollen heute vorgelesen werden. Das Urtheil dürfte Donnerstag Nacht gesprochen werden.

Rumänien.

Bukarest, 14. Februar. Der Minister des Innern hat an sämtliche Präfekten folgenden Befehl deponiert: „Der mehrerörterte Stambulow's heißt Dalia Julia Mihal. Er ist 31 Jahre alt, blond, von mittlerem Wuchs, kräftige, gut entwickelte Brust; die rechte Hand und der rechte Arm weisen sie, um den Körper auswendig zu machen, und heißen Sie sofort das Resultat Ihrer Forschungen mit. Senden Sie dringlichst dem Ministerium eine Namensliste aller bulgarischen und serbischen Unterthanen, welche sich in Ihrem Districte aufhalten, und erwähnen Sie dabei auch den Beruf eines jeden.“

Türkei.

Konstantinopel, 16. Febr. Wie verlautet, wird die türkische Regierung gegen den gegenwärtig 20 000 Mann betragenden Stand der ägyptischen Armee protestieren, weil letztere vertragmäßig nur 18 000 Mann betragen soll. — Seit mehreren Tagen herrscht wiederum heftiger Schneefall. Zwei Soldaten sind in der Nacht auf einer Brücke erstoren. In Konstantinopel selbst herrscht Thauereis und Mangel an Heizmaterial. Auf dem Schwarzen Meere toben fortgesetzt heftige Stürme, toß die Post- und Passagierdampfer nicht auslaufen können. — Von türkischer Seite wird seit gestern die Kandidatur eines gewissen Morell Bey für den freisinnigen Gouverneurposten lancirt. Derselbe ist angeblich ein Franzose von Geburt und war ehemals Sekretär beim verstorbenen Sultan-Bascha, als dieser Volschoter in London war. Morell Bey soll seit längerer Zeit in ägyptischen Diensten stehen.

Amerika.

Newyork, 16. Febr. Aus Panama meldet der Telegraph eine schreckliche Explosion an Bord des amerikanischen Kreuzers „Maine“. Die Explosion soll im Bug des Schiffes ent-

standen sein und hat das Schiff in Brand gesetzt. Ob die Explosion durch einen Torpedo an Bord entstanden oder ob das Schiff auf eine vertriebene Mine gestoßen, ob ein Unglück oder ein Verbrechen vorliegt, ist aus dem Telegramm nicht zu ersehen. Der Verlust an Menschenleben wird über hundert angegeben. Die Besatzung der umliegenden spanischen Schiffe leistete Hilfe. Die Verwundeten wurden in das Militärlazareth gebracht. Der Kreuzer „Maine“ gilt als verloren.

Ufrika.

Bratiora, 14. Febr. Die außerordentliche Tagung des Volksrath wurde heute unter den herkömmlichen Feierlichkeiten eröffnet. Nachdem Präsident Krüger das Budget besprochen hatte, berührte er die Frühjahrstagung des Volksrath sich nur mit Maßnahmen über die Vertretung der Republik im Auslande, über die Anlage neuer Eisenbahnen und über die Aufnahme der Anleihe für öffentliche Arbeiten zu beschäftigen haben werde; die Fragen der Gesetzgebung und die Reformen würden indessen von der Regierung eilig betrieben werden.

Der Prozeß Zola vor den Pariser Geschworenen.

Bei Beginn der Sitzung am Montag theilt der Präsident mit, daß er von Papillaud eine Depesche erhalten habe, in welcher er erklärt, daß er bezüglich Esterhazy's nicht die Äußerung gethan habe, die ihm Jaurès in den Mund gelegt habe. — Labori protestirt gegen die Angriffe des antismilitarischen Blattes „Libre parole“ und erklärt, daß er entgegen der Behauptung des Blattes weder von deutschen noch von jüdischen Eltern abstamme. — Jaurès behauptet, daß er Papillaud nicht gegenüber gestellt werden könne. Er würde ihn an einige Umstände erinnern, welche ihm die Erinnerung zurückführen würden. Uebrigens sei der Bericht der „Libre parole“ über seine Rede gefälscht. — Nun erscheint Bertillon und theilt mit, daß seine Vorgesetzten nicht die Ermächtigung gegeben hätten, die Vergleichsdokumente mitzubringen. Auf Befragen des Bertheidigers Clemenceau muß er zugeben, daß er bei seinen Vorgesetzten gar keine Schritte gethan hat. — Labori zeigt Bertillon nunmehr eine Zeichnung, die eine Stellung darstellt und fragt ihn, ob er nicht diese Zeichnung bei seinem Gutachten im Dreyfusprozeß benutzt habe. Bertillon bejaht die Frage. Er wird darauf von Labori durch Kreuz- und Querfragen so in die Enge getrieben, daß er sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als die Aussage zu verweigern. Durch sein plötzliches Schweigen wird er aber erst recht zu einer lächerlichen Figur. — Clemenceau fragt Bertillon, es sei komme, daß er plötzlich seine Haltung ändere. Erst sei er so selbstig bezüglich seiner Gutachten gewesen, jetzt spiele er den Stummen. Wer ihm denn dazu gebracht habe? — Bertillon antwortet verlegen, seine Situation, da er in die Affäre Dreyfus verwickelt sei, sei sehr schwierig und unangenehm. (Heiterkeit.) — Labori fragt, warum Bertillon, welcher der Justiz die Auskunft verweigere, so bereitwillig in Interviews mit Zeitungen Mittheilungen über die Affäre Dreyfus mache. — Bertillon bestreitet diese Interviews; Labori legt ihm nun zwei Interviews vor, welche im „Echo de Paris“ und im „Soir“ erschienen sind und worin er versichert, die Schuld des Dreyfus sei zweifellos. Labori kritisiert scharf die Haltung dieser Zeugen, welche versichern, Dreyfus sei schuldig, welche aber jede nähere Auskunft verweigern, sobald man nach den Gründen ihrer Meinung frage. Selbst aber so präzis Dinge wie Handschriften-Gutachten wolle man nicht reden. Das Vorbereau sei aber der Hauptpunkt des Prozeßes; wenn nachgewiesen werde, daß das Vorbereau von Dreyfus sein müsse, wie Bertillon behauptete, könne es nicht von Esterhazy sein. Bertillon möge diese Punkte klären. — Präsident: Bertheidigen Sie auf Ehre und Gewissen, daß das Vorbereau nicht von Esterhazy ist? — Bertillon: Ja wohl! — Präsident: Welches sind ihre Gründe? — Bertillon: Weil das Vorbereau von einem anderen ist. (Gelächter.) — Clemenceau zwingt Bertillon, zuzugeben, daß er das Prinzip seines Systems, dessen Mittheilung er unter Berufung auf das Amtsgeheimniß verweigere, eines Tages dem Abolaten Decori entwidelte, ohne daß Decori von ihm irgendwelche Mittheilung verlangte. — Bertillon macht einen immer jämmerlicheren Eindruck an der Zeugensbank. Schließlich springt Labori auf, zeigt auf Bertillon und ruf: Da steht die Anklage im Prozeß Dreyfus! Nur ein Dokument lag vor und da steht der Sachverhältnisse! (Bewegung und Proteste.) — Bertillon, blaß und grau im Gesicht, verläßt die Zeugensbank. — Der radikale Deputirte Hubbard gibt eine lange Auslage ab. Er theilt mit, Bertillon habe ihm eines Tages gesagt, daß das Vorbereau sei von Esterhazy, aber man könne den Prozeß Dreyfus nicht revidiren, da dies eine soziale Revolution herbeiführen würde. Hubbard theilt ferner mit, der unlängst verorbene Deputirte, General Jung, habe ihm gesagt, daß er den Prozeß Dreyfus ungeheuerlich finde. — Joes Guot erwidert, Bertillon, den er seit langem kenne, habe ihm eines Tages sein Gutachten im Dreyfus-Prozeß entwikelte. Joes Guot schildert dieses Gutachten, das ganz toll klingt und woraus man insbesondere erhebt, daß Bertillon den Dreyfus als Verfasser des

Vorbereau bezeichnet, weil die Schrift des Dreyfus von der Schrift des Vorbereau verschieden war. Joes Guot sagt, er habe die Ansicht über die Affäre Dreyfus und Esterhazy, die von der geklammerten Elite Frankreichs getheilt werde. (Widerpruch.) Zahlreiche Personen, die derselben Ansicht sind, können ihre Meinung nicht sagen, weil eine fürchterliche Pression ausgeübt wird. — Der Schreib-Experte Testonier macht eine langweilige Auslage. Wichtig ist daraus nur, daß der Zeuge, der ein, Dreyfus unaufrichtiges Gutachten abgegeben hat, behauptet, man habe Versuche gemacht, ihn zur Aenderung seines Gutachtens zu bringen, indem man auf Geldstammten Anspielung machte. — Die Advokaten fragen, ob der Zeuge unter Eid ausfragen könne, daß man ihm Geld für die Aenderung seines Gutachtens in einem Dreyfus günstigen Sinne angeboten habe. — Testonier liefert weitläufige Erklärungen, kann aber die von den Advokaten gestellte Frage nicht mit einem bestimmten Ja beantworten, und sagt nur, man habe ihm langsam glauben zu machen versucht, daß er Irrthümer in seinem Gutachten begangen habe. — Da die Advokaten keine bestimmte Antwort aus dem Zeugen herausbringen können, sagt Labori: Alle Privatunterhaltungen, die irgendwelche von Niemandem ermächtigte Personen mit Testonier gehabt haben, beweisen nichts. Wir werden bald die Berathungen der Unioersität hören, die man doch nicht wird anfragen können, daß sie sich haben laufen lassen. (Geul.) — Es werden dann noch von dem Schreiber Sachverständigen Charavaoy und Pelletier. Labori: Antworten Sie wenigstens auf diese Frage: „Würden Sie jemand auf Grund eines Schriftgutachtens verurtheilen?“ Charavaoy: „Der Vorsitzende soll ich antworten?“ — Vorsitzender: „Antworten Sie, wenn Sie wollen; man verlangt eine Meinung von Ihnen.“ — Charavaoy: „Nun, da ich an Niemandem Unschelbartheil glaube, auch an meine nicht, so würde ich auf ein Gutachten hin, Niemand verurtheilen, wenn keine moralischen Thatfachen hinzukämen.“ — Vorsitzender: „Das ist klar.“ — Labori: „Ich werde mich auf Ihre Meinung berufen, Herr Vorsitzender.“ — Nach Charavaoy wurde Pelletier, gleichfalls Schriftverständiger im Dreyfus-Prozeß, aufgerufen. Aus der Darlegung des Zeugen ergibt sich, daß seinem Bericht zu Folge das Vorbereau ganz allgemeine Analogien und Schriftähnlichkeiten aufwies und nicht zu dem Schlusse berechtigt, daß das Vorbereau der einen oder der anderen der verdächtigen Personen zuzuschreiben sei. — Nimmher wurden nacheinander die Schriftverständigen Gobert, Couard und Belhomme aufgerufen. Die beiden letzteren, welche Sachverständige in der Esterhazy-Sache waren, verweigern die Antwort auf die Fragen der Bertheidigung unter Berufung auf das Amtsgeheimniß. — Die Sitzung wird darauf geschlossen. Die Aufregung des Publikums hat sich etwas gelegt. Der Jubrum zum Stigungsjaal war am Montag nicht mehr so stark wie sonst und die Demonstrationen auf der Straße haben nachgelassen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 17. Februar.

In dem „schönen“ Aprilwetter, das wir seit einigen Tagen haben, stieg gestern ein Gewitter auf. Hier hörte man nur einige Schläge und sah einige fahle Blitze. In Oldenburg dagegen ist, nach Mittheilung von Reisenden, gestern Abend ein ziemlich schweres Gewitter losgebrochen. Und in Bodhorn hat das Gewitter gar großen Schaden angerichtet. Ein Blitz fuhr in die Mühle und zündete, in Folge dessen sie, nach Mittheilungen von Augenzeugen, bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Ein außergewöhnlicher Betrugsfall wird einem hiesigen Einmobler auf die Anklagebank bringen. Derselbe hat zwei abgestempelte Briefmarken, nachdem er den Stempel ziemlich lauber entfernt, zur Förderung von Briefen wieder benutzt. Die Falschung ist auf dem hiesigen Postamte aber doch entdeckt worden.

Zum zweiten Male beschlossen wurde der Restaurateur C. Köhler. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch drang ein Dieb auf bis jetzt noch unangelegte Weise in die Wirtschaft und plünderte die Tageskasse. Derselbe war zwar verfloßen, doch wußte er sich zu helfen, indem er die Lausfellen des Schubfahrens wegdrückte. Es fielen ihm 24 Mk. zur Deute.

Zurnerisches Gessen Abend hat sich die in der „Kirche“ turnende Damen-Vereinigung als Abtheilung des Arbeiter-Zurnerisches „Jugend“ englich konstituirte. Trotz des schlechten Wetters waren die Damen zahlreich erschienen, in Folge dessen man wohl annehmen darf, daß nimmher auch hier das spießbürgerliche Vorurtheil gegen das Damenturnen verflüchtigt werden und wie schon längst an anderen Orten, als eine gesundheitslich notwendig Einrichtung angesehen werden wird. Die Damen haben vollständig Gleichberechtigung mit den männlichen Mitglieðern, turnen Dienstag Abends im Büdniszimmer der „Küche“ und zahlen 20 Pfg. Beitrag pro Monat. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. — Die letzte Bezirksversammlung der Arbeiter-Zurnervereinigung beschloß u. A., ein Bezirksrattef ein oder hier in Bant oder in Tomdeke abzuhalten. Anscheinend wird eine größere Festlichkeit geplant.

Wilhelmshaven, 16. Februar.

Die Park-Restaurierung wird nach einer Entschliessung des Reichsmarineamts, einem Umbau unterzogen werden und derselbe soll entsprechend den Anforderungen der Neuzeit und der Erweiterung Wilhelmshavens ausgeführt werden. Es liegt klar auf der Hand, wenn das Restaurant nicht mit den Wirtschafts-Etablissemens, die in der letzten Zeit hier errichtet worden sind, konkurriren kann, ein Geschäft in der Park-Restaurierung nicht mehr zu machen und ein leistungsfähiger Pächter nicht zu halten ist. Die Kosten des Umbaus sind auf 100 000 M. veranschlagt. Gegen diese Verbesserung der Park-Restaurierung haben wir nichts einzuwenden. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die maßgebenden Kreise darauf aufmerksam machen, daß es hier noch ein fiskalisches Restaurant giebt, das der Verbesserung sehr bedürftig ist. Es wird dieses zwar nicht von dem sogenannten besseren Publikum frequentirt, sondern von den Arbeitern, von diesen - richtiger gesagt - bewohnt. Wir meinen hier die sogenannte Werftkantine. Dort leben bekanntlich die Werftarbeiter, zumist Zimmerleute, die ihre Familien im Jeverland, an der Werft, im Stedingerland wohnen haben. Sie beschaffen, sich ihren Lebensunterhalt gemeinsam, um möglichst billig zusammenzukommen, auf daß für die Familien auch ein entsprechender Theil des Lohnes übrig bleibt. Wenn an Stelle dieser Werftkantine ein den Anforderungen der Neuzeit entsprechendes Logishaus gefügt würde, so hätte das Reichsmarineamt nicht minder einen Bedürfnis entgegen, als bei dem Umbau des Parkhauses.

Jever, 15. Februar.

Die Stelle eines Gerichtsschreibergehilfen am hiesigen Amtsgericht ist zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 1000 Mark. Die Bewerber müssen eine gute Handschrift und einige Bekanntschaft mit den Geschäften der Gerichtsschreiberei haben. Die Bewerber müssen ihren Gehalt nebst einer kurzen Lebensbeschreibung bis zum 19. März beim Sekretär des Gesamtministeriums einreichen.

Norden, 14. Februar.

Die Aisten mit Dynamit, die an den Nordseefelsen angetrieben sind, rühren von einer Sendung der Dynamit-Fabrikgesellschaft Kammell in Hamburg her und sollten nach Brasilien transportirt werden. Die Insulaner beim die Einwohner von Norddeich haben sich, obwohl ihnen ein Drittel des Wertes als Vergeltung zugesichert, doch sehr bedankt, diese gefährlichen Güter zu bergen; behördlichseits ist deshalb die genannte Fabrikgesellschaft aufgefordert worden, Sachverständige heranzusenden, welche entweder die Dynamitmassen vernichten oder dieselben mitnehmen sollen.

Oldenburg, 16. Februar.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie in der Schule läßt sich ein Schullehrer in der Schule zu Coersten recht angelegen sein. Gewöhnlich nimmt er beim Religionsunterricht Veranlassung, den Schülern die Sozialdemokratie als verabscheuungswürdige Menschen hinzustellen. Wie sich das mit den Grundfahnen der christlichen Religion, mit der Nächsten- und

Feindesliebe, die ihr Stifter gepredigt hat, verträgt, das mag der Herr mit seinem Gewissen abmessen. Wie anmuthig diese Kampfesweise ist, das geht aus folgenden Mittheilungen, die uns von mehreren Seiten gemacht worden sind, hervor. Neulich las man in der Schule eines Römervieles. An der Stelle nun, wo der Apostel Paulus vor seinen Konkurrenten, den heidnischen Gelehrten, warnt mit den Worten: „Denn solche dienen nicht dem Herrn Jesu Christi, sondern ihrem Bauch, und durch läßt Worte und prächtige Redensarten verführen sie die unschuldigen Jergen“ sagte der Herr Lehrer zu seinen Kindern: „So machen es die Sozialdemokraten auch, die essen sich auch den Bauch voll und gehen dann in die Versammlung, um andere Leute schlecht zu machen.“ In einer späteren Religionsstunde erzählte der Herr Lehrer von einer patriotischen Versammlung, die vor Jahren einmal in Coersten stattgefunden habe. In dieser Versammlung habe auch ein Sozialdemokrat gesprochen; der sei darob durchgegrübelt und hinausgeworfen worden. Auf diese Schandthat wandte er dann die Stelle aus der Passionsgeschichte an, wo der von den Pharisäern aufgesetzte Nöbel von Jerusalem die Freilassung des Straßenräubers Barababas und den Tod des Weisen von Naareth von dem Landpfleger Pilatus forderte. In der That haben beide Fälle eine gewisse Ähnlichkeit, nur im entgegengesetzten Sinne, in welchem der Lehrer sie aufstellt. Hier wie dort wird der Träger einer neuen Idee vergemalt. Nur findet es der Herr Lehrer in dem einen Falle in der Ordnung, in dem anderen nicht. Weiter sagte der Herr Lehrer, daß die Sozialdemokraten nur bei Gelden in Coersten verkehren könnten, die anderen Würthe hielten sich dazu viel zu gut. Es ist des Mannes gutes Recht, so zu sagen, aber diesen Paß in die Jergen der Kinder zu setzen zu verurtheilen, dazu hat er kein Recht. Er wird aber auch kein Glück, d. h. nicht den gewünschten Erfolg damit haben. Wenn die sozialdemokratischen Eltern nicht schon das Unkraut, das er in die Kinderbeuge gefähet hat, austreiben, so wird der Kampf um's Dasein das schon besorgen und den Paß in Sympathie verwandeln.

Der Geheime Oberkammerrat Räder, der im 83. Lebensjahre steht und jetzt 50 Jahre im öffentlichen Dienste, davon 42 Jahre im Dienste des Herzogthums zugebracht hat, ist um seine Verleihung in den Ruhestand eingekommen, die ihm auf den 1. Mai d. J. bewilligt worden ist. Sein Nachfolger wird, laut „D. C. A.“, der Landesökonomierath Heumann, während des letzteren Stelle nach einer vom letzten Landtage angenommenen Vorlage neu besetzt wird.

Setzt Dividende. Die Oldenburger Versicherungsgesellschaft gewährt ihren Aktionären für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 24% vom baar eingezahlten Grundvermögen. Bremen, 16. Februar.

Som Schiffbau. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“ contrahirte beim Bremer Vulcan, Schiffbau und Maschinenfabrik in Vegesack, zwei Dampfer von 3400 resp. 3800 Tons

Tragfähigkeit, mit sehr prompter Viefereit. Diese Schiffe sollen hauptsächlich in der Ostseeahrt Verwendung finden und werden mit allen Verbesserungen der Neuzeit ausgerüstet. — Auf der Werft der Aktiengesellschaft Reptun zu Rosdorf fand der Stapellauf des für die Hensburger Dampfercompagnie gebauten Stahlschiffdampfers „Harald“ statt. Das 2000 Tons große Schiff ist aus bestem Siemens-Martinstahl in den Dimensionen 256' Länge, 35,3' Breite und 15,7' Tiefe erbaut. Der Dampfer, der in ca. 6 Wochen abgeliefert werden soll, wird mit einer Triplecompoundschiffe von 600 Pferdestärken ausgerüstet werden.

Beer, 15. Februar. Der bekannte Flugblattprophet ist nun endgültig zu Gunsten der Besagten vor dem Amtsgericht zu Weener erloscht. Entgegen dem Verlauf des Prozeßes ist noch einmal kurz wiedergegeben. Anfangs März u. J. wurden im 1. und 2. Christlichen Klassen-Sozialdemokratischen Flugblatt verbreitet. Mit Verbreiter erloschten vom Landeshauptmann Weener einen Strafbefehl von 20 Mark wegen Uebertretung der Samsonischen Sabbathordnung. Zur Annullirung beschloß das Amtsgericht zu Weener den Strafbefehl. Die Verantwortlichen legten gegen dieses Urtheil Berufung ein beim Landgericht zu Karick, auf welche hin die Strafe auf 5 Mark herabgesetzt wurde. Um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, vielen nun die Verantwortlichen das Berliner Kammergericht an. Unter Aufhebung des Urtheils verurtheilte das Kammergericht die Sache wieder an die Karicker Strafkammer zur nochmaligen Unternehmung jurisd. Diese beschloß die Entscheidung dem Amtsgericht Weener zu überlassen und an dieses Gericht die Sache zurückzuverweisen. Gestern hat daselbst sich nun zum zweitenmal mit dem Prozeß befaßt und hat die Flugblattverbreiter von der Bestrafung der Sabbathordnung freigesprochen. Der Landrat des Kreises Weener wird nun auch fernhalten die Verbreitung von Flugblättern am Montag taufen müssen.

Hamburg, 16. Februar. Die Bürgergeschworenen, die gestern stattfanden, und an denen sich fast in allen Bezirken die sozialdemokratische Partei betheiligte, brachte deren Kandidaten nur Minoritäten, gewählt wurde feiner. Es wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten in 20 Bezirken ca. 3900 Stimmen abgegeben. Die Wahlbetheiligung war eine ungewöhnlich starke. Außer dem Antikenisten Raab gehören sämtliche Besendite den alten Bürgerpartei an.

Hermisches.

Ein kreisender Lehrer. Aus Hovinghorst meldet das „Hamburger Fremdenblatt“: Der Streik eines Lehrers gehört gewiß zu den größten Seltenheiten und es erfreut sich unser Ort der zehnten Ehre, daß diese Seltenheit sich hier wirklich zutragen hat. Bei der Regulirung der Lehrergehälter war das Grundgehalt des Lehrers S. auf 1200 M. festgesetzt, mit 140 M. Alterszulage und 200 M. Wohnungsgeld. Damit jedoch war Herr S. nicht zufrieden, erklärte vielmehr am 14. d. Mts. dem Schulvorsteher B., daß wenn ihm nicht mehr bewilligt werde, er die Kinder am nächsten Montag nach Hause schicken werde; und richtig, am Montag kamen die Kinder nach Hause und sagten, sie sollten am 20. d. Mts. einmal wieder anfragen, ob der Unterricht fortgesetzt werden solle. Wie werden unsere Kinder ob dieses Streiks von den Kindern anderer Ortsschulen beneidet werden! Was werden aber die Schulbehörden zu dieser eigenartigen Gewaltmaßregel sagen?

Ausgedrohen sind aus dem Gefängnis in Dortmund vier Gefangene, nachdem sie den Aufseher überwältigt hatten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Febr. Die „Freie Zig.“ schreibt: Allerlei Gerüchte flutheten in parlamentarischen Kreisen. So wird erzählt, der Kaiser wünsche, daß es ermöglicht werde, schon am 15. März die Landtagsession zu schließen und zwar in der Weise, daß die Schlußsitzung schon im neuen Landtagsaule stattfinden. — Man bringt die Möglicht eines frühzeitigen Schlußes in Verbindung mit dem Plan, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und die Neuwahlen im Frühjahr noch vor den Reichstagswahlen vorzunehmen.

Berlin, 16. Febr. Das von dem Schriftsteller Höder eingereichte Immediatgesuch wegen Beerdigung des 1884 zum Tode verurtheilten Barbiers und Gastwirts Jethien ist ablehnend beschieden worden.

Getenämde, 16. Febr. Laut Mittheilung des deutschen Konsulats in Gothenburg sind Schiffspassiere und andere Gegenstände von dem hiesigen überfälligen Dreimaßschoner „Vegrenb“, welcher am 18. December mit Kohlen von Boneh nach Bremerhaven abgegangen ist, an der schwedischen Küste angetrieben. Das Schiff ist vermutlich mit neun Mann Besatzung untergegangen.

Warschau, 16. Februar. In Dubno wurde eine aus acht Köpen bestehende Pöschmännerbande verhaftet, welche sich mit der Herstellung von Hundert-Rubelnoten und goldenen Imperials befaßt.

Washington, 16. Febr. Der Staatssekretär des Marinedepartements empfing ein Telegramm des Kapitäns des Kreuzers „Maine“, welches besagt: Der Kreuzer „Maine“ ist im Hafen von Havana um 9 Uhr 40 Min. aufgegangen und zerstört worden. Viele Personen wurden verwundet. Die Zahl der bei der Explosion Getödteten und Entkränkten ist ohne Zweifel eine beträchtliche. Die Vermundeten und die übrigen Getödteten befinden sich an Bord eines spanischen Kriegsschiffes und eines amerikanischen Dampfers.

Eingesandt.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Wie in der Mittwoch-Nummer zu lesen ist, soll sich am Freitag Abend der Gemeinderath mit der Aufhebung eines Theils des Weges Weges und Verkauf desselben an Zischlermeister Sieberns beschließen. Jedemfalls hat der Gemeinderath „Rein“! sagen. Herr Rathenicht hätte bei Anlage der Theilensstraße dieselbe schon bis an den Weges Weg durchlegen müssen, dann würde es keine Sachfrage geworden sein. Denn wenn jetzt der Weges Weg aufgehoben wird, kann die Theilensstraße ja gar nicht weitergeführt werden. Und dann sind wir auch noch der Ansicht, daß wenn der Weg verkauft werden soll, es öffentlich meistbietend geschehen muß.

Briefkasten.

Mehrere Bürger. Anonyme Einwendungen sind prinzipiell seine Aufnahme. Wenn wir bei ihrem Eingehant eine Ausnahme gemacht haben, so geschah es lediglich, weil die in dem Eingehant ausgesprochene Ansicht sonst vor ihrer Verbanlung im Gemeinderath nicht laut geworden wäre und wir nicht den Formurs, die öffentlich untertriekt zu haben, auf uns laden wollten.

Immobil-Verkauf. Zweiter Termin zum öffentlichen meistbietenden Verkauf des dem Milchsüßer Joh. Schwitters zu Bant gehörigen, daselbst an der Gemöhsenstraße sub Nr. 6 belegenen, zu 4 Wohnungen eingetheilten Immobilien. Donnerstag den 24. d. Mts., Abends 7 1/2 Uhr, in D. S. Janfens Hotel „Zum Vauter Schlüssel“ zu Bant. Im ersten Termine sind 8500 M. zuhöchst geboten und soll jetzt auf das abzugeben Höchstgebot der Zuschlag fallen, falls hinlänglich geboten wird. Ein großer Theil des Kaufpreises kann dem Käufer auf Hypothek gegen übliche Zinsen belassen werden. Neunde, 15. Februar 1898. H. Gerdes, Auktionator.

Immobil-Verkauf. Der Gemöhsenhändler Johann Wirz in Oldenburg beabsichtigt sein in Kopperhöden an der Hauptstraße Nr. 26 belegenes Immobilien zum beliebigen Antritt zu verkaufen. Das Haus enthält außer 4 Familienwohnungen einen schönen Laden, worin seit Jahren Kolonialwaaren- sowie Gemöhsenhandlung betrieben wird. Es erbtung eine jährliche Miete von zusammen 800 Mark. Verkaufstermin wird angelegt auf Sonnabend, d. 19. ds. Mts., Nachmittags 5 Uhr, in Gerh. Poppen's Wirthshaus in Kopperhöden (bei der Mühle). Bemert wird noch, daß der vorhandene große Keller, bestehend in 4 Abtheilungen, sich hauptsächlich für einen Bieroezleger sehr gut eignen würde. Zu jeder weiter erwünschten Auskunft bin ich gerne bereit und bemerte noch, daß, falls hittrhend geboten wird, der Zuschlag sofort ertheilt wird. Bant, den 9. Februar 1898. A. Hadelor, Rechtsflr. Zu vermietthen zum 1. März oder später eine Unterwohnung und zum 1. Mai eine Etagenwohnung. Neue Wilhelmsh. Str. 58. Zu vermietthen zum 1. Mai zwei Etagen-, eine Ober- und vierzimmrige Unternehmung. D. Tonjes, N. Wilh. Straße 21.

Verkauf. Für Rechnung dessen, den es angeht, werde ich Sonnabend den 19. d. M., Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend, in Herrscher's Gasthof zu Bant öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkaufen: Coniferen, Kamelien, Azaleen, große und kleine Palmen, Theerofen in Töpfen und sonstige Gewächse. Geppens, den 17. Februar 1898. H. P. Harms, Auktionator. Zu vermietthen zum 1. Mai mehrere zwei- und dreizimmrige Wohnungen mit Keller, Stall und Trockenboden. C. Scharnowsky, Neubremen, Grenzstraße 64. Zu vermietthen 3. 1. Mai e. fl. Oberwohnung N. Raschahl Bue., Geppens 67. Zu vermietthen zum 1. März eine dreizimmrige Unternehmung mit Stall und Bodenammer. Kolbstraße 31. Gesucht zum 1. März ein in allen häuslichen Arbeiten erfahrendes Mädchen. F. Willens Hotel-Restaurant, Bant, Perl. Noofter. 3.

Sprechstunde. Ich halte jeden Sonntag Vormittag von 9 1/2 bis 12 Uhr im Hotel Vauter Hof in Bant Sprechstunden ab. Rechtsanwalt Carstens, Oldenburg. Mein reich assortirtes Zigarren-Lager in allen Preislagen bringe in empfehlende Erinnerung. J. Fangmann, Wilhelmshaven, a. neuen Markt. Konfirmanden-Anzüge in Massenauwahl empfiehl G. Kaiser, Schneidermstr., Neue Wilhelmsh. Str. 48. Bemerte, daß ich sämtliche Garberobe mit ganz geringen Ruhen abgebe. Gesucht eine Haushälterin auf sofort. Offerten unter H. 100 an die Erped. ds. Bls. erbeten. Zu kaufen gesucht ein gut erhaltener zweizimmriger Handwagen. Näheres in der Erp. d. Bl. zu erfragen.

Korsett „Gloria“ fabelhaft billig!!! kostet das Stück nur 1,45 Mk.! und ist in allen Weiten vorrätzig bei Hermann Johannsen Gde. Bismard- u. Neue Straße. Korsett „Universum“ (geleglich gefüht) kein Stäbchenbruch! das Stück 3,85 Mark ist in allen Weiten vorrätzig bei Gebrüder Gosch, Am neuen Markt.

Geschäfts-Übernahme.

Mit dem heutigen Tage verkaufte ich mein seit 27 Jahren hier bestehendes
Eisenwaaren-Geschäft und Aussteuer-Magazin

sowie  **Fahrrad-Handlung** 

an Herrn **Paul Bockholdt**, welcher dasselbe in unveränderter Weise unter der Firma
Bernh. Dirks' Nachf., Inhaber: Paul Bockholdt,
weiterführen wird. Indem ich noch für das mir in reichem Maße entgegen gebrachte
Vertrauen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch gefälligst auf meinen Nachfolger über-
tragen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Bernh. Dirks.**

Höflichst Bezug nehmend auf obige Annonce, bitte ich, das meinem Vorgänger
geschenkte Vertrauen gütigst auch auf mich zu übertragen. Es wird mein Bestreben
sein, meine werthe Kundschaft stets aufmerksam und reell zu bedienen.
Mich bei fernerm Bedarf bestens empfohlen haltend, zeichne
Hochachtungsvoll **Paul Bockholdt.**

Diejenigen
welche noch Forderungen an
Frau Gastwirth **H. Tiesler,**
Wwe., haben, werden ersucht,
ihre spezifirten Rechnungen
innerhalb acht Tagen einzu-
reichen, und Diejenigen welche
noch an Frau Wwe. Tiesler
Zahlungen zu leisten haben,
in derselben Frist zu zahlen bei
Meldung der Klagen.
Joh. Fangmann
als Vormund.

**Meine Bier- u. Speise-
Wirthschaft**
bringe hiermit in empfehlende Erinnerung,
Abendbrot zu zivilen Preisen.
Ed. Janssen,
Neubremen.

Das beliebte
Doppel-Malzbiere
ist wieder vorrätig und empfehle
24 1/2 Flaschen für 3 Mark.
R. Herbers, Bant, Werftstr.

**Sind Ihre
Gardinen
noch gut?**
Wir machen Sie darauf aufmerk-
sam, daß Sie augenblicklich pracht-
volle Muster in Gardinen sehr
billig kaufen können, da wir einen
großen Posten kleinere Coupons bis
13 m Länge räumen wollen.
Benutzen Sie die günstige
Gelegenheit?
Wulf & Francksen.

Wein gut assortiertes
Weinlager
bringe hiermit in empfehlende Erinnerung
und halte mich bei Bedarf bestens em-
pfohlen.
R. Kell, Drog. Roth, Kreuz.


**Sohlen,
Abfall-Leder**
kaut gut und billig, sowie
kauft man am besten bei
Emil Burgwitz,
Bismarckstr. 15 u. Moonstraße 75a.

Arbeiter-Turn- u. Verein Heppens
Einladung
zu dem am Freitag den 18. Februar im Saale des
Herrn **Maes** (Zentralhalle Heppens) stattfindenden
BALL.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., wofür Getränke.
Tanzschleife 75 Pf., Damen frei.

Germania-Halle Neubremen.
Freitag den 18. Februar
Grosser öffentlich. Ball
Anfang 8 Uhr. Ende wenn's alle ist.
Hierzu ladet freundlichst ein **Joh. Saake.**
Große, die Gewinner überraschende Verloosung!
Der wahre Jacob Nr. 302
ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.
Geschäftshandlung des Nordd. Volksblattes.
Gesucht
ein tüchtiges Dienstmädchen, welches
Wäsche und Hausarbeiten versteht, zum
1. oder 15. März. Gute Zeugnisse sind
erforderlich. Zu erfragen in der Exp.
d. Blattes.

Deutscher Holzarbeiterverband.
(Zahlstelle Wilhelmsh. Bant.)
Freitag den 18. Februar cr.,
Abends 8 1/2 Uhr
**Werkstellen-Delegirten-
Versammlung**
im Lokale des Herrn **Kohl.**
Um vollständiges Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.
Die
vorzüglich. Biere
aus der Dampf-Bierbrauerei
von **H. Fetzkofer** aus **Fever**
in Flaschen u. Gebinden bringe
in empfehlende Erinnerung.
J. Fangmann,
Wilhelmshaven, am neuen Markt.
Reinigen 1,50 M.
neue Feder 1,50 M.
Uhrglas 30 S.
J. Schöneboom,
Uhrmach., N. Wdh. Str. 21.

Danksgiving.
Allen denen, welche und während der
schweren Krankheit meiner lieben Frau
und unserer guten Mutter so hilfreich
zur Seite standen, auch denjenigen,
welche ihr das Geleit zur letzten Ruhe-
stätte gaben, sowie Herrn Pfarrer Köpken
für seine trostreichen Worte am Grabe
sagen wir unseren tiefgefühltesten Dank.
H. Dauter nebst Angehörigen.

Wulf & Francksen	Ein schläge Betten Nr. 8	Ein schläge Betten Nr. 10	Ein schläge Betten Nr. 10b	Ein schläge Betten Nr. 11	Ein schläge Betten Nr. 12
 Ausstellung fert. Betten.	aus grau-rot gestreitem Körper mit 14 Pfund Federn	aus rot-grau gestreitem Atlas mit 16 Pfund Federn.	aus rot-rosa gestreitem Atlas mit 16 Pfund Federn.	aus rothem oder rot-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbbaunen.	aus rothem oder rot-rosa gestreitem Dunstföcher, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunnen u. Federn.
	Oberbett 6,— Unterbett 6,— 1 Kissen 2,50 MT. 14,50 Zweischlägig MT. 20,50	Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 2 Kissen 7,— MT. 27,50 Zweischlägig MT. 31,—	Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 2 Kissen 9,— MT. 36,— Zweischlägig MT. 40,50	Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 2 Kissen 10,— MT. 45,— Zweischlägig MT. 50,50	Oberbett 22,— Unterbett 20,50 2 Kissen 12,— MT. 54,50 Zweischlägig MT. 61,—

Billigere Betten in jeder Preiskategorie.
Verantwortlich für die Redaktion: W. Morisse in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Zug in Bant.